



29. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Gremium: Ausschuss für Bildung und Sport
Sitzungstermin: Dienstag, 20.06.2017, 17:30 Uhr
Ort, Raum: Begegnungszentrum Drewitz, Multimediaraum, Oskar-Meißner-Str. 4-6, 14480 Potsdam

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**
- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.05.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**
- 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
 - 3.1 Kunstrasenplatz Nowawiese
17/SVV/0286 Fraktion DIE aNDERE
SBV, WA KIS, JHA, HA
-Wiedervorlage-
 - 3.2 Sportplatz Westkurve
17/SVV/0290 Fraktion DIE aNDERE
WA KIS
 - 3.3 Errichtung einer Grundschule in Babelsberg
17/SVV/0365 Fraktion DIE LINKE
-Wiedervorlage-
 - 3.4 Den 8. Mai lebendiger gestalten - Potsdamer Schulen einbinden
17/SVV/0446
 - 3.5 Potsdam seniorengerecht gestalten
17/SVV/0452
- 4 **Mitteilungen der Verwaltung**
 - 4.1 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung (Sachstand Baumaßnahmen)
 - 4.1.1 Zustand Sanitäranlagen Voltaire-Gesamtschule **-Wiedervorlage-**
 - 4.2 Schulstandort im Bereich der Medienstadt gemäß 17/SVV/0238

4.3 Sachstand Neugestaltung Plantage

5 Sonstiges

5.1 Nächste Ausschusssitzungen



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

17/SVV/0286

öffentlich

Betreff:

Kunstrasenplatz Nowawiese

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Erstellungsdatum 20.03.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

Zuständigkeit

05.04.2017

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, welche Voraussetzungen dafür geschaffen werden müssen, auf dem städtischen Sportplatz Nowawiese einen beleuchteten Kunstrasenplatz zu errichten. Insbesondere sollen die baurechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen geklärt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung ist bis zum Juli 2017 über das Prüfergebnis zu unterrichten.

Julia Laabs und Christian Kube
- Fraktionsvorsitzende-

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Im September 2016 eröffnete der Oberbürgermeister nach jahrelangen Vorbereitungen den Fußballrasenplatz auf der Nowawiese. Leider wurde der Platz jedoch ohne Drainage errichtet. Nur sechs Wochen nach seiner Eröffnung wurde der Sportplatz wegen einer starken Durchfeuchtung gesperrt. Bisher kann die Stadtverwaltung keine Prognose abgeben, wann der Platz wieder genutzt werden kann. Statt konstruktive Lösungsvorschläge zu entwickeln, hoffen die zuständigen Mitarbeiter*innen auf trockenes Wetter.

Offenbar hat die Stadtverwaltung am falschen Ende gespart. Im Ergebnis ist ein Sportplatz entstanden, der wetterbedingt hauptsächlich in der Spiel- und Trainingspause der Sommerferien nutzbar sein wird.

Unter dieser Fehlplanung leiden derzeit besonders etwa 300 Kinder und Jugendliche, die beim SV Concordia Nowawes 06 Fußball spielen und mit erheblichen Einschränkungen der Trainingszeiten leben müssen.

Die Verlegung eines Kunstrasenbelages auf der Nowawiese würde die Nutzbarkeit der Sportanlage nicht nur sicherstellen, sondern die Nutzungskapazitäten mehr als verdoppeln.

Gerade die Diskussion um den Schulneubau in Babelsberg hat deutlich gemacht, dass im Sozialraum Babelsberg dringend zusätzliche Trainingszeiten für den Fußballnachwuchs benötigt werden. Da offensichtlich die vorhandenen städtischen Flächen begrenzt sind, ist eine intensive Nutzung der bestehenden Sportflächen dringend erforderlich.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

17/SVV/0286

 öffentlich**Einreicher:** Fraktion DIE aNDERE**Betreff:** Beleuchtung Nowawiese

Erstellungsdatum 13.06.2017

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
20.06.2017	Ausschuss für Bildung und Sport	x	
28.06.2017	Hauptausschuss	x	
05.07.2017	Stadtverordnetenversammlung		x

Die Stadtverordnetenversammlung möge die Ds 17/SVV/0286 „Kunstrasenplatz Nowawiese“ in folgender Neufassung beschließen:

Betr.: Beleuchtung Nowawiese

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf dem städtischen Sportplatz Nowawiese für eine hinreichende Trainings-Beleuchtung zu sorgen.

Die Stadtverordneten und der Ausschuss für Bildung und Sport sind bis zum September 2017 über den Sachstand zu unterrichten.

Begründung:

Im September 2016 eröffnete der Oberbürgermeister den Fußballrasenplatz auf der Nowawiese. Die vom FB 21 an die Vereine vergebenen Trainingszeiten liegen überwiegend in den späten Nachmittags- und frühen Abendstunden. Spätestens im Oktober reicht das Tageslicht für die Durchführung des Trainings nicht aus. Auch die sechs (!!!) Baustrahler, die bislang am Ballfangzaun des Platzes angebracht sind, sind unzureichend.

Durch eine ausreichende Beleuchtung können die Zeiten, in denen der Platz nicht nutzbar ist, von sechs auf drei bis vier Monate reduziert und die tägliche Nutzungsdauer in den Abendstunden verlängert werden.

Gerade die Diskussion um den Schulneubau in Babelsberg hat deutlich gemacht, dass im Sozialraum Babelsberg dringend zusätzliche Trainingszeiten für den Fußballnachwuchs benötigt werden. Da offensichtlich die vorhandenen städtischen Flächen begrenzt sind, ist eine intensive Nutzung der bestehenden Sportflächen dringend erforderlich.

gez. Julia Laabs und Christian Kube
- Fraktionsvorsitzende -



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

17/SVV/0290

öffentlich

Betreff:
Sportplatz Westkurve

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Erstellungsdatum 20.03.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
05.04.2017	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, folgende Maßnahmen umzusetzen, um die Nutzung des Sportplatzes Westkurve auch durch den Freizeitsport zu ermöglichen:
 - Sanierung des Tennenbelages auf dem Fußballplatz
 - Bau einer Beleuchtungsanlage, die die Nutzung des Platzes ganzjährig auch in den späten Nachmittags- und Abendstunden ermöglicht
 - Herstellung eines Wasseranschlusses
 - Erarbeitung einer Nutzungsvereinbarung mit dem Stadtteilnetzwerk Potsdam-West.
2. Bei der weiteren Planung der Sportanlage ist die BI Westkurve wieder als gleichberechtigter Partner einzubeziehen.
3. Über die weitere Entwicklung der Sportanlage ist der Ausschuss für Bildung und Sport - beginnend im September 2017 - mindestens vierteljährlich zu informieren.

Julia Laabs und Christian Kube
- Fraktionsvorsitzende -

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Am 27.06.2011 beschloss die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag der Fraktionen von SPD und DIE aNDERE, dass der Fußballplatz auf dem Sportplatz Hans-Sachs-Straße (Westkurve) mit einem Tennenbelag angelegt wird. Bis heute ist der Platz allerdings nicht neu angelegt worden.

Stattdessen mehren sich Beschwerden von Freizeitsportler*innen, dass die Stadt Potsdam die Sportanlage vorrangig auf die Interessen des Schulsportes ausrichtet. Die BI Westkurve fühlt sich nicht mehr hinreichend in die Planungen einbezogen.

Mit unserem Antrag wollen wir sicherstellen, dass der Sportplatz Westkurve künftig auch in angemessenem Umfang durch den Freizeit- und Breitensport genutzt werden kann. Außerdem möchten wir eine wertschätzende und konstruktive Beteiligung der BI Westkurve sicherstellen, die sich in den letzten Jahren immer wieder für eine Entwicklung des Sportplatzes eingesetzt hat.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

17/SVV/0290

 öffentlich**Einreicher:** Fraktion DIE aNDERE**Betreff:** Sportplatz Westkurve für Breitensport sichern

Erstellungsdatum 31.05.2017

Eingang 902:

Beratungsfolge:	Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium	
07.06.2017	Stadtverordnetenversammlung	x

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, folgende Maßnahmen umzusetzen, um die Nutzung des Sportplatzes Westkurve auch durch den Freizeitsport zu ermöglichen:

- Bau einer erforderlichen Beleuchtungsanlage, die die Nutzung des Platzes als Sportfläche ganzjährig auch in den späten Nachmittags- und Abendstunden ermöglicht
- Erarbeitung einer Nutzungsvereinbarung mit dem Stadtteilnetzwerk Potsdam-West.

2. Bei der weiteren Planung der Sportanlage ist die BI Westkurve wieder als gleichberechtigter Partner einzubeziehen. Stadtteilnetzwerk Potsdam-West e.V. und Bürgerinitiative Westkurve werden rechtzeitig über geplante Bauabschnitte unterrichtet.

3. Über die weitere Entwicklung der Sportanlage ist der Ausschuss für Bildung und Sport - beginnend im September 2017 - mindestens vierteljährlich zu informieren.

Begründung:

In allen wesentlichen Beschlüssen und Regelwerken zur Sportstättenplanung und -vergabe ist die Doppelnutzung der Schulsportanlagen durch den Vereinssport und den unorganisierten Breitensport vorgesehen. Zuletzt wurde dieser Anspruch bei der Diskussion um die „Kinderfreundliche Kommune“ bekräftigt. Es ist selbstverständlich, dass dafür die baulichen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, die eine Nutzung in den Abendstunden ermöglichen. Dazu zählen insbesondere eine angemessene Beleuchtung und die Klärung von Nutzungs- und Zugangsrechten in Kooperation mit den Nutzer*innen.

Die geänderte Antragsfassung nimmt die Diskussionen im Ausschuss für Bildung und Sport und im KIS-Werksausschuss auf. Der neue Beschlusstext beschränkt sich auf Maßnahmen, die noch nicht im Bauantrag vorgesehen oder anderweitig durch die Verwaltung erledigt sind.

gez. Julia Laabs und Christian Kube
- Fraktionsvorsitzende -



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

17/SVV/0365

öffentlich

Betreff:

Errichtung einer Grundschule in Babelsberg

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 11.04.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
03.05.2017	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Zum Schuljahr 2022/2023 wird am Standort Sandscholle eine dreizügige Grundschule mit Hort und Sportanlagen errichtet.
2. Vor Baubeginn ist als Kompensation für die entfallende Sportfläche an der Sandscholle eine neue Sportanlage mit 2 Großfeldern und Funktionsgebäude am Bahnhof Rehbrücke fertigzustellen.
Am Standort Sandscholle ist im Zuge des Schulneubaus ein weiteres Halbfeld in Kunstrasen-Ausführung zu errichten.
Zusätzlich wird eines der für die Schule erforderlichen Kleinspielfelder mit einem Kunstrasen-Belag ausgestattet.
3. Bei nicht rechtzeitiger Fertigstellung des Standortes sind geeignete Übergangslösungen vorzuhalten.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Gemäß § 104 Brandenburgisches Schulgesetz ist die Landeshauptstadt Potsdam als öffentlicher Träger verpflichtet, eine Schule zu errichten, wenn ein Bedürfnis dafür besteht und ein geordneter Schulbetrieb gewährleistet werden kann. Zugleich ist der sich daraus ergebende Hortbetreuungsbedarf zu decken.

Die Erforderlichkeit des Schulstandortes ergibt sich aus der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung in Verbindung mit der aktuellen Bevölkerungsprognose für den Sozialraum Babelsberg/Zentrum Ost sowie der bereits bestehenden Überlastung der öffentlichen Grundschulstandorte im Einzugsbereich.

Die Standzeit der derzeit noch in Realisierung befindlichen Modulanlage am Humboldttring ist bis 2022 begrenzt. Bis dahin muss deshalb eine endgültige Lösung zur Verfügung stehen.

Die erforderlichen Planungs- und Genehmigungsverfahren sind deshalb parallel und mit höchster Priorität voranzutreiben.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

17/SVV/0446

öffentlich

Betreff:

Den 8. Mai lebendiger gestalten - Potsdamer Schulen einbinden

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 16.05.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

Zuständigkeit

07.06.2017

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit den Veranstaltern des Gedenkens an den Tag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus ein Konzept zu erarbeiten, welches den Potsdamer Schulen verstärkt die Möglichkeit bietet, sich an diesem Gedenken zu beteiligen. Das Konzept soll der Stadtverordnetenversammlung im September 2017 vorgelegt werden.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Im Land Brandenburg ist der 8. Mai ein offizieller Gedenktag.

Die Stadt Potsdam gedenkt jedes Jahr am 8. Mai der Befreiung Deutschlands vom Faschismus. In diesem Jahr wurde von Teilnehmenden angemahnt, dass die junge Generation bei dem Gedenken fehlt. Das kann mehrere Gründe haben. Einerseits die Uhrzeit - 11.00 Uhr in der Woche - und zweites eine mögliche fehlende Einbindung rund um die Gedenkveranstaltung.

Der 8. Mai 1945 ist der Tag der Befreiung und der 9. Mai Tag des Sieges über die Unmenschlichkeit. Die Auseinandersetzung mit der menschenverachtenden Ideologie des Nationalsozialismus ist angesichts der derzeitigen Entwicklungen wichtiger denn je. Nicht nur der aktuelle Fall des Bundeswehrsoldaten, der eine Liste mit potenziellen Anschlagsoffern führte und jahrelang Munition in großem Umfang hortete, zeigt: Rechtspopulismus und rassistisches Gedankengut sind weiter auf dem Vormarsch und münden immer öfter in Gewalt. Fast täglich gibt es Meldungen über rechte Übergriffe auf Geflüchtete und politisch Andersdenkende. Auch deshalb ist ein breites Gedenken, welches die junge Generation in Potsdam einbezieht, wichtig.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag**
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

17/SVV/0446

öffentlich

Einreicher: Bürgerbündnis-FDP

Betreff: Den 8. Mai lebendiger gestalten – Potsdamer Schulen einbinden

Erstellungsdatum 20.06.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
20.06.2017	Ausschuss für Bildung und Sport		X
22.06.2017	Ausschuss für Kultur und Wissenschaft		X

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit den Veranstaltern des Gedenkens an den Tag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus und anderen für Erinnerungs- und Gedenkkultur in Potsdam Verantwortlichen das Potsdamer „Konzept zur Erinnerungskultur“, zu überarbeiten bzw. zu ergänzen, mit dem Ziel, bei jungen Menschen Interesse an die Erinnerungs- und Gedenkkultur zu wecken bzw. zu verstärken. Insbesondere sollen sich Potsdamer Schulen bei Veranstaltungen aktiv einbringen können, z.B. durch Kunstprojekte oder den Einsatz neuer Medien. Das Konzept soll der Stadtverordnetenversammlung im September 2017 vorgelegt werden.

Begründung:

In Potsdam gibt es eine Vielzahl von Gedenk- und Erinnerungstagen, dennoch fehlt bei Gedenkveranstaltungen häufig die junge Generation, oder es mangelt ihnen an Hintergrundwissen. Die Folgen der Unwissenheit und fehlenden Auseinandersetzung mit der Vergangenheit sind bekannt. Um auch die junge Generation, zu interessieren für die Lehren, die aus der Vergangenheit gezogen werden sollen, muss eine aktive Erinnerungspolitik gefördert werden. Nicht durch mehr „Worthülsenveranstaltungen“, sondern durch zeitgemäße Aktionen, bei denen sich die Jugend aktiv einbringen kann.

Nur so kann eine moralische Distanzierung von und Auseinandersetzung mit menschenverachtenden Ideologien der deutschen Diktaturvergangenheit zur Zeit des Nationalsozialismus und der DDR gelingen.

gez. Wolfhard Kirsch
 Fraktionsvorsitzender

 Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

17/SVV/0446

 öffentlichEinreicher: **Fraktion CDU/ANW**Betreff: **Den 8. Mai lebendiger gestalten - Potsdamer Schulen einbinden**

Erstellungsdatum 20.06.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
20.06.2017	B/Sp.		X
05.07.2017	SVV		X

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt unter Berücksichtigung des Konzeptes zur Erinnerungskultur der Landeshauptstadt Potsdam, beschlossen am 07.05.2014, gemeinsam mit den jeweiligen Veranstaltern der verschiedenen Gedenktage ein Konzept zu erarbeiten, welches Potsdamer Schulen die Möglichkeit bietet, sich am Gedenken zu beteiligen. Als feste Bestandteile dieses Konzeptes sollten folgende Gedenktage vorgesehen werden:

- 27. Januar - Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus/Internationaler Holocaustgedenktag
- 8. Mai - Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges in Europa
- 23. Mai - Tag des Grundgesetzes
- 17. Juni - Volksaufstand vom 17. Juni 1953
- 3. Oktober - Tag der Deutschen Einheit
- 9. November - Gedenken an die Reichspogromnacht
- Volkstrauertag (zweiter Sonntag vor dem 1. Advent)

Zu beachten ist, dass gem. dem Konzept zur Erinnerungskultur der 27. Januar (Holocaust-Gedenktag), der 14. April (Nacht von Potsdam, Bombardierung und Zerstörung der Potsdamer Innenstadt 1945), der 13. August (Mauerbau 1961) und der 9. November (Pogromnacht 1938, Mauerfall 1989) für Potsdam besondere Gedenktage sind, an dem offizielle Gedenkveranstaltungen stattfinden.

Das Konzept soll der Stadtverordnetenversammlung im November 2017 vorgelegt werden.

Begründung:

In Potsdam werden jedes Jahr unter Beteiligung der Öffentlichkeit verschiedene Gedenktage begangen. Die Auseinandersetzung mit den jeweiligen Gedenktagen und ihrer Bedeutung für die städtische/gesellschaftliche Entwicklung ist angesichts der derzeitigen Entwicklung wichtiger denn je. Zugleich eröffnet der Diskurs eine neue zeitgeschichtliche Einordnung für die Stadtgesellschaft sowie die städtische Gedenkkultur.

Bei der Durchführung der Gedenkveranstaltungen muss jedoch festgestellt werden, dass sich vor allem die jüngere Generation vielfach unterproportional an den Gedenkveranstaltungen beteiligt. Insbesondere die Einbindung der Potsdamer Schulen an diesen Gedenktagen eröffnet neue Möglichkeiten der Beteiligung jüngerer Potsdamer sowie die Auseinandersetzung mit gesellschaftlich wichtigen Fragestellungen rund um die jeweiligen Gedenktage. Die Formen der Beteiligung sollten sehr offen gestaltet werden, um die Einbeziehung der Potsdamer Schulen nicht zu erschweren.

Ein Beispiel für eine gelungene Einbindung von Jugendlichen ist u. a. die Aktion Stolpersteine. Jugendliche recherchierten in einem Kooperationsprojekt (LHP, evangelische Kirchengemeinde) u. a. zum Leben des Potsdamer Anwalts Gustav Herzfeld, an welchen mit dem 30. Potsdamer Stolperstein erinnert wird.

gez. M. Finken
Fraktionsvorsitzender
CDU/ANW Fraktion

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

17/SVV/0446

 öffentlich

Einreicher: Fraktion CDU/ANW, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Bürgerbündnis-FDP

Betreff: Den 8. Mai lebendiger gestalten - Potsdamer Schulen einbinden

Erstellungsdatum 18.07.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
18.07.2017	B/Sp.		X

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit den Potsdamer Verantwortlichen für Erinnerungs- und Gedenkkultur das Potsdamer „Konzept zur Erinnerungskultur der Landeshauptstadt Potsdam“, zu überarbeiten bzw. zu ergänzen, mit dem Ziel, bei jungen Menschen Interesse für Erinnerungs- und Gedenkkultur zu wecken bzw. zu verstärken. Insbesondere sollen sich Potsdamer Schulen bei Veranstaltungen aktiv einbringen können, z.B. durch Kunstprojekte, musikalische Beiträge, den Einsatz neuer Medien oder der schulfreundlichen Termingestaltung von Gedenkfeiern.

Das Konzept soll der Stadtverordnetenversammlung im November 2017 vorgelegt werden.

Begründung:

Im Land Brandenburg ist der 8. Mai ein offizieller Gedenktag.

Die Stadt Potsdam gedenkt jedes Jahr am 8. Mai der Befreiung Deutschlands vom Faschismus. In diesem Jahr wurde von Teilnehmenden angemahnt, dass die junge Generation bei dem Gedenken fehlt. Das kann mehrere Gründe haben. Einerseits die Uhrzeit - 11.00 Uhr in der Woche - und zweites eine mögliche fehlende Einbindung rund um die Gedenkveranstaltung.

Der 8. Mai 1945 ist der Tag der Befreiung und der 9. Mai Tag des Sieges über die Unmenschlichkeit. Die Auseinandersetzung mit der menschenverachtenden Ideologie des Nationalsozialismus ist angesichts der derzeitigen Entwicklungen wichtiger denn je. Nicht nur der aktuelle Fall des Bundeswehrsoldaten, der eine Liste mit potenziellen Anschlagsoffern führte und jahrelang Munition in großem Umfang hortete, zeigt: Rechtspopulismus und rassistisches Gedankengut sind weiter auf dem Vormarsch und münden immer öfter in Gewalt. Fast täglich gibt es Meldungen über rechte Übergriffe auf Geflüchtete und politisch Andersdenkende. Auch deshalb ist ein breites Gedenken, welches die junge Generation in Potsdam einbezieht, wichtig.

gez. M. Finken
Fraktionsvorsitzender

gez. P. Heuer
Fraktionsvorsitzender

gez. P. Schüler
Fraktionsvorsitzender

gez. W.Kirsch
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

17/SVV/0452

öffentlich

Betreff:

Potsdam seniorenrecht gestalten

Einreicher: Fraktion CDU/ANW

Erstellungsdatum 16.05.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

Zuständigkeit

07.06.2017

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Auf der Homepage der Landeshauptstadt Potsdam ist zum Seniorenplan zu lesen: "Als nicht planbare Verzögerung hat sich im Verlauf des Jahres 2014 die Frage der Unterbringung von Flüchtlingen ergeben, die in der Zuständigkeit des gleichen Fachbereichs liegt."

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt gemäß unseres Leitbilds für die Stadt Potsdam unter Einbeziehung der relevanten Gruppen und Einrichtungen das Konzept auf einer aktuellen Basis so weiter zu entwickeln, das es dem zunehmenden Seniorenanteil unserer Bevölkerung Rechnung trägt und deren Lebensqualität sichert. Dazu zählen insbesondere folgende Bereiche:

- Gestaltung des öffentlichen Raums und der öffentlichen Gebäude
- seniorengerechter ÖPNV
- Sicherheit für Senioren
- ausreichende Alltagsangebote für Senioren in den Stadtteilen und dem ländlichen Raum (Freizeit, Kultur und Bildung)
- Informations- und Beratungsdienste, die im Alter Bedeutung haben
- Wohnen und Wohnformen im Alter
- Gesellschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement
- Ambulante Haushalts-, Unterstützungs- und Pflegedienste
- Teilstationäre und stationäre Einrichtungen und Dienste der Altenhilfe
- Organisatorische Verankerung der Altenhilfe in den gesamtstädtischen Abstimmungs- und Koordinationsstrukturen
- Prüfung präventiver Hausbesuche bei älteren Menschen mit Information zu Hilfe-, Pflege- und Unterstützungsangeboten der Stadt Potsdam

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung

Die Bevölkerung wird älter und die Anzahl der in Potsdam lebenden Senioren nimmt zu und wird weiter zunehmen. Ältere Menschen sind keine Last, sondern ein Gewinn für die Gesellschaft. Sie tragen wesentlich dazu bei, die Herausforderungen der aktuell erforderlichen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Erneuerung sowie des demographischen Wandels zu bewältigen. Sie stellen nicht das Problem dar, sondern sind - wenn man ihre Potentiale richtig einsetzt - Teil der Lösung. Es muss gelingen, die Rolle der älteren Generation neu zu bestimmen und ihre Einbindung bei der Gestaltung der gesellschaftlichen Zukunft als Lösungsansatz zu nutzen.

Die Kompetenzen, Fähigkeiten und Beiträge älterer Menschen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik müssen erkannt, gefördert, genutzt und gewürdigt werden. Es geht darum, ihnen konkrete Chancen zu eröffnen. Die Möglichkeit, ein aktives Leben in Gemeinschaft zu führen, dient dem Einzelnen und dem Gemeinwesen.

Die Voraussetzungen für ein selbständiges und selbstbestimmtes Leben in allen Lebensphasen sind zu bewahren bzw. neu zu gestalten. Eine Gesellschaft im Wandel muss ihre Entwicklungsangebote allen Bürgern zur Verfügung stellen, dies gilt auch für Bildungs-, Berufs-, und Betätigungsangebote für ältere Menschen. Persönliche Weiterentwicklung und sozialer, kultureller und technischer Fortschritt gehen Hand in Hand. Lebenslanges Lernen ist die Voraussetzung für die Teilhabe am modernen Leben. Eine menschliche und gerechte Gesellschaft sucht den Ausgleich von Interessen. Die Lebensbedingungen von Älteren müssen berechenbar und stabil sein. Das darf aber nicht zu untragbaren Einschränkungen der Lebensmöglichkeiten der Jüngeren führen. Bei der Prüfung präventiver Hausbesuche ist das in der Stadt Ulm genutzte Modell einzubeziehen. Bei der Prüfung der Beratungsstelle ist die Nutzung der Referenzdatenbank „Wegweiser Alter und Technik“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung einzubeziehen.



Niederschrift

29. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin: Dienstag, 20.06.2017
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 20:10 Uhr
Ort, Raum: Begegnungszentrum Drewitz, Multimediaraum, Oskar-Meißner-Str. 4-6,
14480 Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Clemens Viehrig CDU/ANW

Ausschussmitglieder

Frau Gesine Dannenberg DIE LINKE
Herr Uwe Adler SPD bis 19:55 Uhr, bis TOP 4.2
Frau Ingeborg Naundorf Bündnis 90/Die
Grünen
Herr Christian Kube DIE aNDERE

zusätzliches Mitglied

Herr Johannes Baron v. d. Osten FDP
gen. Sacken

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Dr. Sigrid Müller DIE LINKE
Frau Kathleen Krause SPD

sachkundige Einwohner

Herr Roman Böttcher DIE aNDERE
Frau Christiane Erning Potsdamer bis 19:33 Uhr, bis TOP 4.1.1
Demokraten/BVB
Freie Wähler

Herr Viktor Kalitke
Frau Tina Lange DIE LINKE
Frau Grit Schkölziger SPD
Herr Ronald Sima DIE LINKE
Frau Eva Wieczorek Bündnis 90/Die 17:33 - 19:33 Uhr, bis TOP 4.1.1
Grünen
Herr Hans-Joachim Ziebarth CDU/ANW

Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski Beigeordnete
Geschäftsbereich 2

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Stefan Wollenberg DIE LINKE entschuldigt
Herr Daniel Keller SPD entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Herr Dennis Hohloch AfD nicht entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Steve Schulz SPD entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Nicole Heidrich GB Bildung, Kultur und Sport

Gäste:

Frau Rademacher FBL Bildung und Sport

Herr Weiberlenn BL Bildung

Herr Gessner BL Sport

Herr Richter KIS

Herr Ohst SB Stadterneuerung

Herr Dr. Xhyra Direktor Volkshochschule

Herr Kappell Leiter OSP

Frau Lupberger-Stein Potsdamer SV

Frau Lehmann Vors. Schulkonferenz Voltaire-Gesamtschule (9)

Herr Nölte Oberstufenkoordinator Voltaire-Gesamtschule (9)

Frau Zumpe Potsdamer Schwimmverein

Frau Friese Potsdamer Schwimmverein

Frau Popp Elternvertreterin Sportschule Potsdam (55)

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.05.2017 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 3.1 Kunstrasenplatz Nowawiese
Vorlage: 17/SVV/0286
Fraktion DIE aNDERE
SBV, WA KIS, JHA, HA

-Wiedervorlage-
- 3.2 Sportplatz Westkurve
Vorlage: 17/SVV/0290
Fraktion DIE aNDERE
WA KIS
- 3.3 Errichtung einer Grundschule in Babelsberg
Vorlage: 17/SVV/0365
Fraktion DIE LINKE

-Wiedervorlage-
- 3.4 Den 8. Mai lebendiger gestalten - Potsdamer Schulen einbinden
Vorlage: 17/SVV/0446

- 3.5 Potsdam seniorengerecht gestalten
Vorlage: 17/SVV/0452

- 4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung (Sachstand Baumaßnahmen)

- 4.1.1 Zustand Sanitäranlagen Voltaire-Gesamtschule
-Wiedervorlage-

- 4.2 Schulstandort im Bereich der Medienstadt
gemäß 17/SVV/0238

- 4.3 Sachstand Neugestaltung Plantage
- 5 Sonstiges
- 5.1 Nächste Ausschusssitzungen
- 5.2 Bundesstützpunkt Schwimmen

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung.

Herr Viehrig bedankt sich im Namen des Ausschusses für die gute Zusammenarbeit mit Frau Dr. Magdowski und wünscht ihr alles Gute.

Frau Dr. Magdowski wünscht den Ausschussmitgliedern viel Erfolg für die weiteren Sitzungen und bedankt sich für die Glückwünsche.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.05.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Viehrig stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Zu Beginn der Sitzung sind sieben stimmberechtigte Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Ausschusses anwesend.

Gegen die Niederschrift der Sitzung vom 23.05.2017 erheben sich keine Einwände. Der Niederschrift wird einstimmig **zugestimmt**.

Herr Viehrig bittet die Tagesordnung unter Sonstiges um folgenden angemeldeten Tagesordnungspunkt zu ergänzen:

- 5.2 Bundesstützpunkt Schwimmen

er schlägt vor, diesen gleich zu Beginn der Sitzung, aufgrund der vorliegenden Rederechte, zu behandeln.

Folgende Anträge auf Rederecht liegen vor:

zum TOP 4.1.1:

- Frau Lehmann (Vorsitzende der Schulkonferenz der Voltaire-Gesamtschule (9))
- Herr Nölte (Oberstufenkoordinator der Voltaire-Gesamtschule (9))

zum TOP 5.2:

- Herr Kappel (Leiter des Olympiastützpunkt-Standortes Potsdam)
- Frau Lupberger-Stein (Potsdamer Schwimmverein)
- Frau Zumpe (Potsdamer Schwimmverein)
- Frau Friese (Potsdamer Schwimmverein)
- Frau Popp (Elternvertreterin der Sportschule)

Herr Viehrig trägt vor, dass auf Wunsch des Antragsstellers, der Tagesordnungspunkt 3.3 zurückgestellt werden solle.

Die Ausschussmitglieder **stimmen** der vorgeschlagenen Verfahrensweise und den Rederechten **zu**.

zu 5.2 Bundesstützpunkt Schwimmen

Frau Lupberger-Stein berichtet, dass die aktuelle Situation zum Bundesstützpunkt Schwimmen derzeit breit in der Presse diskutiert werde. Die Leistungssportreform des DOSB führe zur Verringerung und zur Zentralisierung der Bundesstützpunkte. Sollte Potsdam den Status als Bundesstützpunkt Schwimmen aufgeben müssen, führe dies dazu, dass die Gelder der Standortsicherung (100 TEUR) eingebüßt werden und die Förderung durch das Land für die Sportschule fraglich wäre.

Kontroverser verlief die Diskussion über die Unterzeichnung des Vertrages durch das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBS), Landesschwimmverband (LSV), Stadtsportbund (SSB), Landessportbund (LSB), Olympiastützpunkt Potsdam (OSP) und dem Deutschen Schwimmverband (DSV), zum neuen Bundesstützpunkt in Potsdam.

Zur Bekräftigung ihrer Schilderung reicht sie einen offenen Brief als Tischvorlage aus (Anlage). Sie bittet um Unterstützung durch den Ausschuss. Abschließend gibt sie zu bedenken, wie essentiell Herr Hoffmann als Bundesstützpunkttrainer für den Standort Potsdam sei.

Herr Kappel geht zunächst auf die Kooperationsvereinbarung ein. Die neue Ausrichtung des DSV führt zu einer Zentralisierung der Spitzensportler, welches keine dramatischen Auswirkungen auf die Sportschule habe. Er geht davon aus, dass Potsdam den Zuschlag als Bundesstützpunkt behalten werde.

Er weist darauf hin, dass die Entscheidung nicht an einer einzelnen Person als Trainer hänge. Dazu habe es im Mai einen Termin mit Herrn Baaske gegeben. Der LSV erkenne jede Lösung eines externen Trainer an. Dieser werde durch den DSV vorgeschlagen. Am 31.07.17 soll das Abschlussgespräch stattfinden.

Frau Dr. Magdowski bittet Herrn Kappel, seine Stellungnahme zu verschriftlichen, diese soll dem Protokoll beigefügt werden.

Abschließend bietet **Herr Viehrig** an, sich in einem Brief an Herrn Baaske zu wenden, um das Votum des Ausschusses kund zu tun und um die Wichtigkeit Potsdam als Bundesstützpunkt zu erhalten zu bekräftigen. Dieser werde anschließend an die Ausschussmitglieder zur Kenntnis gegeben. Die Ausschussmitglieder stimmen dieser Verfahrensweise zu.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Kunstrasenplatz Nowawiese**

Vorlage: 17/SVV/0286

Fraktion DIE aNDERE

-Wiedervorlage-

Herr Kube bringt den Antrag in der neuen Fassung ein. Er betont, dass die Beleuchtung auf der Nowawiese nicht in Form einer Flutlichtanlage vorgesehen sei, sondern lediglich die Beispielbarkeit auf dem Platz durch eine hinreichende Trainings-Beleuchtung abgesichert werden sollte.

Herr Richter entgegnet, dass der Antrag abgelehnt werden solle. Er verweist dabei auf Kleine Anfragen, in denen bereits darauf hingewiesen wurde, dass durch kleinteilige Maßnahmen eine Aufstockung der Beleuchtung nicht möglich sei. Zudem fehle die Beschlussgrundlage. Sollte dennoch die Errichtung neuer Beleuchtungen gewünscht sein, so gibt er zu beachten, dass dies im Rahmen der Haushaltsplanung für das kommende Jahr beantragt werden müsse.

Frau Dr. Müller erkundigt sich nach den Kosten.

Herr Richter gibt zu beachten, dass eine genaue Kostenschätzung aufgrund der ungenauen Definition des Antrages nicht möglich sei. Er gehe von ca. 40 bis 50 TEUR aus.

Herr Gessner weist auf das Erfordernis einer neuen Baugenehmigung hin, denn aufgrund der Nähe zum Weltkulturerbestatus des Babelsberger Parks gäbe es per Ministerentscheid Einschränkungen – keine Sportfunktionsgebäude, keine weiteren Parkplätze, keine Flutlichtanlage, Ballfangzäune und technische Anlagen müssen unauffällig gestaltet werden. Sollte also eine andere Beleuchtungsanlage errichtet werden, kann dies durch die bisher gültige Genehmigung nicht mehr abgedeckt werden.

In der sich anschließenden Diskussion wird u.a. auf die mögliche Gestaltung der Beleuchtungsanlage eingegangen. Man einigt sich darauf, eine Kostenkalkulation durch den KIS vornehmen zu lassen und über Ergebnisse in der Juli-Sitzung zu berichten.

Der Antrag wird bis zur Ausschusssitzung im Juli **zurückgestellt**.

zu 3.2 Sportplatz Westkurve
Vorlage: 17/SVV/0290
Fraktion DIE aNDERE

Herr Kube bringt den Antrag in der neuen Fassung ein. Er verweist dabei auf die ausführliche Diskussion im Werksausschuss KIS. Ähnlich wie auf dem Sportplatz Nowawiese müsse auch auf der Westkurve für eine ausreichende Beleuchtung gesorgt sein. Zudem sei es unabdingbar, dass die Bürgerinitiative bei künftigen Planungen mit einzubeziehen sei.

Wie bereits in der vorherigen Beleuchtungs-Debatte weist **Herr Richter** darauf hin, dass der Antrag zu unkonkret sei. Die Bürgerinitiative bei der bestehenden Planung einzubeziehen sei ineffizient. Die Planung sei kurz vor dem Abschluss. Durch eine Nutzereinbeziehung würde sich der Bau noch weiter verzögern.

Herr Gessner merkt an, dass laut Sportfördersatzung der Abschluss einer Nutzungsvereinbarung mit der Bürgerinitiative nicht möglich sei, da es sich um keinen Potsdamer Sportverein handelt. Vorrang bei der Nutzung habe stets der Schulsport. Die Bürgerinitiative müsse sich an die freien Kapazitäten halten.

Frau Krause hielte es für sinnvoll, wenn man an der Sportfläche darauf hinweisen könnte, ab wann diese als öffentliche Fläche zur Verfügung stünde.

Herr Richter führt aus, dass gemäß des Lärmschutzgutachtens ein Schild aufgestellt werden soll, um auf die Nutzungszeiten hinzuweisen.

Herr Böttcher betont nochmals, wie wichtig es wäre, ein Zeichen mit diesem Antrag zu setzen und die Bürgerinitiative mit in die Nutzungsvereinbarung einzubeziehen.

Herr Viehrig bekräftigt, dass der Antrag nicht zielführend sei. Der Schulsport gehe vor und dem habe sich auch eine Bürgerinitiative unterzuordnen. Er schlägt außerdem vor, den dritten Anstrich des Antrages zu streichen. Eine regelmäßige Information zum Sachstand der Baumaßnahmen werde ohnehin in jeder Ausschusssitzung durch den KIS wahrgenommen.

Es ergab sich folgende Änderung der neue Fassung:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, folgende Maßnahmen umzusetzen, um die Nutzung des Sportplatzes Westkurve auch durch den Freizeitsport zu ermöglichen:
 - Sanierung des Tennenbelages auf dem Fußballplatz
 - Bau einer Beleuchtungsanlage, die die Nutzung des Platzes ganzjährig auch in den späten Nachmittags- und Abendstunden ermöglicht
 - Herstellung eines Wasseranschlusses
 - Erarbeitung einer Nutzungsvereinbarung mit dem Stadtteilnetzwerk Potsdam-West.
2. Bei der weiteren Planung der Sportanlage ist die BI Westkurve wieder als gleichberechtigter Partner einzubeziehen.
3. ~~Über die weitere Entwicklung der Sportanlage ist der Ausschuss für Bildung und Sport – beginnend im September 2017 – mindestens vierteljährlich zu informieren.~~

Herr Viehrig stellt die geänderte neue Fassung des Antrages zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 1
Ablehnung: 4
Stimmenthaltung: 2

Der Antrag wird **abgelehnt**.

zu 3.3 Errichtung einer Grundschule in Babelsberg

Vorlage: 17/SVV/0365

Fraktion DIE LINKE

-Wiedervorlage-

Der Antrag ist **zurückgestellt**.

zu 3.4 Den 8. Mai lebendiger gestalten - Potsdamer Schulen einbinden

Vorlage: 17/SVV/0446

Frau Dannenberg bringt den Antrag ein. Die jüngere Generation soll sich auch angesichts der Meldungen über rechte Übergriffe auf Geflüchtete verstärkt am 8. Mai – dem Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus – beteiligen. Sehr bedauerlich finde sie, dass die zum Antrag eingebrachten Änderungsanträge nicht in Abstimmung bzw. in gemeinsamer Zusammenarbeit mit der Fraktion DIE LINKE erfolgten. Zudem sehe sie es kritisch, dass durch die in den Änderungsanträgen zusätzlich aufgeführten Gedenktage, die Intention des eigentlichen Anliegens untergehen würde.

Herr von der Osten Sacken bringt den Änderungsantrag für die Fraktion Bürgerbündnis-FDP ein. Er verweist zudem auf das von der Stadt bereits entwickelte Gedenkkonzept. Daher solle man sich nicht nur ausdrücklich auf den 8. Mai konzentrieren.

Herr Viehrig bringt den Änderungsantrag für die Fraktion CDU/ANW ein. Die Intention sei die Gleiche, der Fraktion ginge es vielmehr darum, weitere Tage mit aufzunehmen. Es sei nicht förderlich nur die Potentiale jugendlicher Aktivitäten auf einen Gedenktag zu beschränken.

Herr Ziebarth betont, dass man in die inhaltliche Planung der Schulen nicht eingreifen dürfe, die Stadt könne lediglich tangierend behilflich sein.

In der sich anschließenden Diskussion verständigt man sich darauf, bis zur nächsten Ausschusssitzung im Juli einen gemeinsamen Antrag des Ausschusses zu entwickeln, der allen Gedenktagen gerecht wird.

Herr Viehrig bittet die Vertreter von DIE LINKE den Antrag aus diesem Grund zurückzustellen und dies auch in den anderen Ausschüssen zu kommunizieren.

Dies wird durch **Frau Dr. Müller** zugesagt.

Der Antrag wird **zurückgestellt**.

zu 3.5 Potsdam seniorengerecht gestalten
Vorlage: 17/SVV/0452

Herr Viehrig bringt den Antrag ein.

Frau Dr. Müller verweist auf die Homepage der LHP. Der Seniorenplan müsse vorangebracht und nicht durch diesen Antrag weiter behindert werden. Die Werkstatt für Beteiligung sei mit der Bearbeitung vertraut.

Frau Dr. Magdowski bekräftigt, dass durch den Antrag die Sensibilität verschärft und eine themengerechte Priorisierung gesetzt werden müsse.

In der sich anschließenden Diskussion verständigt man sich darauf, den Antrag **zur Kenntnis zu nehmen**.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung (Sachstand Baumaßnahmen)

Herr Richter erläutert seine Präsentation (Anlage) kurz. Ab sofort solle bei allen Sanierungen und Neubauten Feinmessungen der Lüftung erfolgen, man werde beim Humboldt Gymnasium beginnen. Die Leonardo-da-Vinci-Gesamtschule könne pünktlich zum neuen Schuljahr eröffnen. Auch am Schulstandort Gagarinstr. laufen alle Bauarbeiten planmäßig. In der Grundschule in Bornim sei in der vergangenen Woche [13.06.17] der Grundstein gelegt worden. Die Grundsteinlegung der Motorsporthalle würde demnächst erfolgen. Zum Standort Schilfhofschule teilt er mit, dass Ende der Herbstferien übergangsweise die Container aufgestellt werden. Abschließend merkt er an, dass zukünftig eine regelmäßige Berichterstattung zum Sportplatz Westkurve in die Präsentation aufgenommen werde.

zu 4.1.1 Zustand Sanitäranlagen Voltaire-Gesamtschule
-Wiedervorlage-

Herr Richter berichtet, dass hinsichtlich der Sanitäranlagen der Schule der KIS bereits im Juni 2015 eine Kamerabefahrung vornehmen lassen habe. Hierbei konnte keine Ursache für eine mögliche Geruchsbelästigung aus dem Leitungssystem festgestellt werden. Auch mit weiteren Untersuchungen im Jahr 2016 konnte eine technische Ursache für die Geruchsbelästigung ausgeschlossen werden. Im Interesse der Verbesserung der Situation wird der KIS für die Sommerferien kleinteilige Maßnahmen vorbereiten und umsetzen. Diese umfassen neben dem Austausch der Ausgussbecken, den Ersatz von

fehlenden Wand- und Sockelfliesen, die Reparatur von defekten Bodenfliesen, die teilw. Erneuerung von Silikonfugen sowie eine Beschichtung des Bodens. Im Vorfeld hierzu erfolgt eine Grundreinigung der Toiletten.
Die Kontaktaufnahme mit der Schule solle noch erfolgen.

Herr Nölte und **Frau Lehmann** weisen auf den unzumutbaren Zustand der Sanitäranlagen hin. Das Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit schätze ebenfalls den Zustand als nicht akzeptabel ein. Die Probleme sollten nicht übersaniert, sondern Schritt für Schritt komplett saniert werden.

Herr Richter betont, dass für eine Sanierung keine finanziellen Mittel eingeplant seien. Die Prioritätenliste für Sanierungsmaßnahmen sei aufgrund der dringend benötigten Schulbauten zunächst zurückgestellt worden.

In der sich anschließenden Diskussion verständigt man sich, die Prioritätenliste in vereinfachter Form durch den KIS an alle Ausschussmitglieder zur Verfügung zu stellen. Auch werde man, um sich von den über die Schulferien erfolgten Optimierungsmaßnahmen an der Voltaire-Schule in der Ausschusssitzung im Oktober ein Bild machen.

zu 4.2 Schulstandort im Bereich der Medienstadt gemäß 17/SVV/0238

Frau Rademacher informiert, dass die Bedarfe der Schule anhand der Raumprogrammempfehlungen der Machbarkeitsstudie und dem Hortbedarf mittlerweile vom Fachbereich Kinder, Jugend und Familie geprüft wurden. Da die Sportflächen nicht auf dem Schulgrundstück vorgesehen werden können, prüfe der KIS die Machbarkeitsstudie der Sportflächen auf dem Gelände der Sandscholle. Der Bereich Stadtplanung prüfe derzeit die Relevanz für die B-Plan-Änderungen.

Herr Richter stellt anhand einer Präsentation (vertrauliche Anlage) die möglichen Varianten zur Errichtung einer 2-Feld-Sporthalle mit Außenfeldern auf der Sandscholle dar. Er merkt an, dass der Bereich Stadtplanung die Variante C präferiere.

Frau Rademacher ergänzt, dass am 19.06.17 ein Gesprächstermin mit Herrn Schatz stattgefunden habe. Es ergaben sich Fragen zur B-Planung und Finanzierung. Daher werde eine abschließende Berichterstattung erst in der Juli-Sitzung erfolgen können.

In der sich anschließenden Diskussion sei man sich einig, dass dies ein erstes Teilergebnis sei. Die Machbarkeit auf dem Gelände Medienstadt stehe noch aus, auch müsse noch u.a. die Prüfung durch das Vergaberecht und der Kommunalaufsicht erfolgen. Weitere Diskussionen würden in der AG Schulentwicklungsplanung geführt werden.

zu 4.3 Sachstand Neugestaltung Plantage

Herr Ohst informiert, dass im Jahr 2016 ein landschaftsplanerischer Realisierungswettbewerb zur Neugestaltung der Plantage durchgeführt wurde. Die Realisierung der Neugestaltung sei in zwei Bauabschnitten vorgesehen. Zurzeit werden die Freiflächen um das Glockenspiel während der Sanierung der Max-Dortu-Grundschule von den Schülern für den Schulsport und den Hort genutzt. Zur Finanzierung der Umgestaltung sollen Fördermittel der Städtebauförderung genutzt werden. Um mit dem Bau zu beginnen, wird eine Bestätigung der Förderung in Form des Fördermittelbescheids für das Programmjahr 2017 benötigt. Die zeitliche Planung für den Beginn des 1. Bauabschnitts hat sich bislang an der Erwartung orientiert, dass dieser Förderbescheid noch vor den Sommerferien 2017 ausgereicht werden kann. Mit dem Förderbescheid kann jedoch nach aktuellen Mitteilungen des Landes nun erst im Herbst gerechnet werden, so dass Änderungen in der Zeitplanung notwendig werden. Aufgrund der Witterung in den Wintermonaten ist ein Start des 1. Bauabschnitts der Plantage erst im März/April 2018 möglich. Die bislang für den Sportunterricht genutzten Flächen können bis zum Baustart des 1. Bauabschnitts durch die Max-Dortu-Grundschule weiter genutzt werden. Die Übergabe der neu gestalteten Flächen ist im 3. Quartal 2018 geplant.

Herr Weiberlenn ergänzt, dass für die Max-Dortu-Grundschule ggf. Ausweichmöglichkeiten an der Voltaire-Schule oder an anderen Provisorien gefunden werde, sollte es zu Verzögerungen kommen.

zu 5 Sonstiges

zu 5.1 Nächste Ausschusssitzungen

Herr Viehrig weist die Ausschussmitglieder darauf hin, dass die nächste Ausschusssitzung am 18.07.2017 im Stadthaus, Raum 1.077 stattfinden werde. Nach der Sommerpause werde der Ausschuss am 17.10.2017 in der Voltaire-Schule tagen.



Kommunaler Immobilien Service (KIS)
Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Potsdam

Fortschrittsbericht

Baumaßnahmen an Schulen

Stand: Juni 2017



Humboldt-Gymnasium (1)

Sanierung, Erweiterung und Neugestaltung Außen- und Sportanlagen

Projektfortschritt

	LP1	LP2	LP3	LP4	LP5	LP6	LP7	LP8
	Grundlagen	Vorplanung	Entwurf	Genehmigung	Ausführung	Vorb. Vergabe	Mitw. Vergabe	Durchführung
Neubau	100	100	100	100	100	100	100	100
Altbau	100	100	100	100	100	100	100	99

Zeitplan

	Baubeginn	Bauende	Nutzung
Neubau	Okt. 13	Jul. 15	Schuljahr 15/16
Altbau	Sept. 15	Apr. 17	Juni 17

Einschätzung Risiken

	Baukosten	Bauzeit
Neubau	●	●
Altbau	●	●

Bemerkung

Einzug / Umzug der Schule nach Ablüften





Kommunaler Immobilien Service (KIS)

Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Potsdam

Standort Goetheschule (21/31)

Projektfortschritt

	LP1	LP2	LP3	LP4	LP5	LP6	LP7	LP8
	Grundlagen	Vorplanung	Entwurf	Genehmigung	Ausführung	Vorb. Vergabe	Mitw. Vergabe	Durchführung
Aula	100	100	100	100	100	100	100	88

Zeitplan

	Baubeginn	Bauende	Nutzung
Aula	Okt. 16	Mai 17	Jun. 17

Einschätzung Risiken

	Baukosten	Bauzeit
Aula		

Bemerkung

Fertigstellung Aufzug Sept. 17, wegen komplizierter Detailabstimmungen hinsichtlich Denkmalpflege





Friedrich-Wilhelm-v.-Steuben Gesamtschule (46)

Brandschutzsanierung

Projektfortschritt

LP1	LP2	LP3	LP4	LP5	LP6	LP7	LP8
Grundlagen	Vorplanung	Entwurf	Genehmigung	Ausführung	Vorb. Vergabe	Mitw. Vergabe	Durchführung
100	100	100	80	5	5	0	0

Zeitplan

Baubeginn	Bauende	Nutzung
Juli 18	Sept. 19	in Nutzung

Einschätzung Risiken

Baukosten	Bauzeit

Bemerkung

Brandschutzsanierung erfolgt abschnittsweise:
1. BA in Sommerferien 2018.





Grundschule Am Kirchsteigfeld (56)

Brandschutzsanierung

Projektfortschritt

LP1	LP2	LP3	LP4	LP5	LP6	LP7	LP8
Grundlagen	Vorplanung	Entwurf	Genehmigung	Ausführung	Vorb. Vergabe	Mitw. Vergabe	Durchführung
100	100	100	100	20	20	0	0

Zeitplan

Baubeginn	Bauende	Nutzung
Juli 18	Sept. 19	in Nutzung

Einschätzung Risiken

Baukosten	Bauzeit

Bemerkung

Brandschutzsanierung erfolgt abschnittsweise:
1. BA in Sommerferien 2018.





Kommunaler Immobilien Service (KIS)

Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Potsdam

Gesamtschule Leonardo da Vinci (32)

Neubau Gesamtschule im Potsdamer Norden

Projektfortschritt

LP1	LP2	LP3	LP4	LP5	LP6	LP7	LP8
Grundlagen	Vorplanung	Entwurf	Genehmigung	Ausführung	Vorb. Vergabe	Mitw. Vergabe	Durchführung
100	100	100	100	100	99	99	88

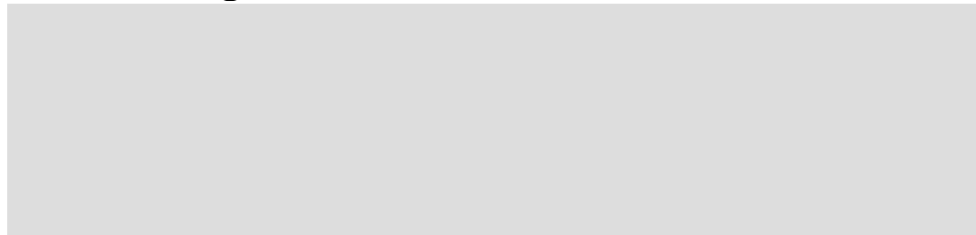
Zeitplan

Baubeginn	Bauende	Nutzung
Nov. 14	Aug. 17	Schuljahr 17/18

Einschätzung Risiken

Baukosten	Bauzeit

Bemerkung



Schulstandort Gagarinstraße (GES29)

Gesamtschule mit Primarstufe und Hort und Errichtung 4-Feld-Sporthalle



Projektfortschritt

LP1	LP2	LP3	LP4	LP5	LP6	LP7	LP8
Grundlagen	Vorplanung	Entwurf	Genehmigung	Ausführung	Vorb. Vergabe	Mitw. Vergabe	Durchführung
100	100	100	100	80	45	40	14

Zeitplan

Baubeginn	Bauende	Nutzung
Okt. 16	Feb. 19	Mrz. 19

Einschätzung Risiken

Baukosten	Bauzeit
	

Bemerkung

Teilfertigstellung Neubau in Februar 2019.
Altbau Fertigstellung in Juni 2020.





Kommunaler Immobilien Service (KIS)

Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Potsdam

Grundschule Bornim

Neubau 2-zügige Grundschule mit Hort

Projektfortschritt

LP1	LP2	LP3	LP4	LP5	LP6	LP7	LP8
Grundlagen	Vorplanung	Entwurf	Genehmigung	Ausführung	Vorb. Vergabe	Mitw. Vergabe	Durchführung
100	100	100	100	70	30	30	6

Zeitplan

Baubeginn	Bauende	Nutzung
Mrz. 17	Dez. 18	Winterferien 19

Einschätzung Risiken

Baukosten	Bauzeit

Bemerkung

Baugenehmigung am 31.03.2017 erteilt.





Kommunaler Immobilien Service (KIS)

Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Potsdam

Grundschule Bornstedter Feld

Neubau 3-zügige Grundschule mit Hort und Turnhalle

Projektfortschritt

	LP1	LP2	LP3	LP4	LP5	LP6	LP7	LP8
	Grundlagen	Vorplanung	Entwurf	Genehmigung	Ausführung	Vorb. Vergabe	Mitw. Vergabe	Durchführung
Schule	100	100	80	70	0	0	0	0

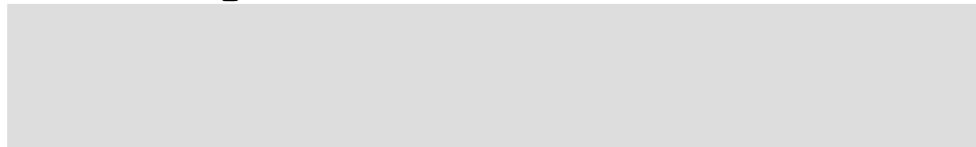
Zeitplan

	Baubeginn	Bauende	Nutzung
Schule	2017	Jul. 19	Schuljahr 19/20

Einschätzung Risiken

	Baukosten	Bauzeit
Schule		

Bemerkung





Turnhalle Leibniz-Gymnasium (41)

Sanierung und Erweiterung

Projektfortschritt

LP1	LP2	LP3	LP4	LP5	LP6	LP7	LP8
Grundlagen	Vorplanung	Entwurf	Genehmigung	Ausführung	Vorb. Vergabe	Mitw. Vergabe	Durchführung
100	100	100	100	100	100	100	98

Zeitplan

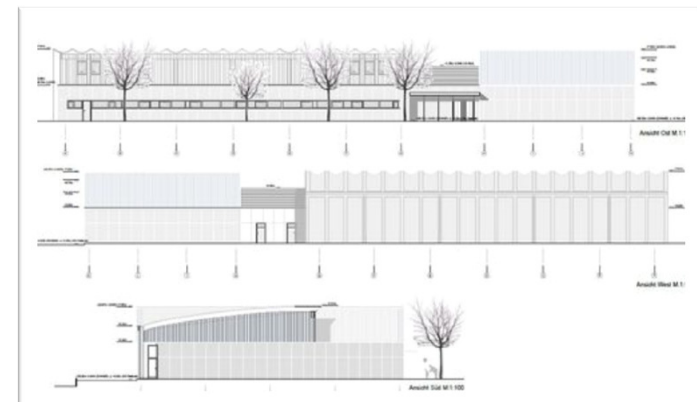
Baubeginn	Bauende	Nutzung
Mrz. 16	Feb. 17	20.03.17

Einschätzung Risiken

Baukosten	Bauzeit

Bemerkung

Restleistungen an Außenanlagen bis 16.06.2017



Turnhalle Ludwig-Renn-Grundschule (2)

Neubau

Projektfortschritt

LP1	LP2	LP3	LP4	LP5	LP6	LP7	LP8
Grundlagen	Vorplanung	Entwurf	Genehmigung	Ausführung	Vorb. Vergabe	Mitw. Vergabe	Durchführung
100	100	100	80	75	30	20	10

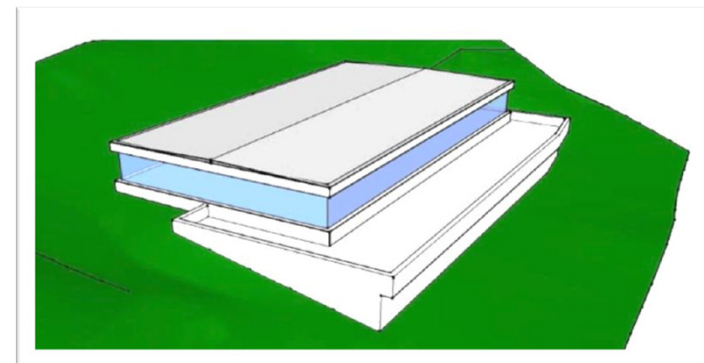
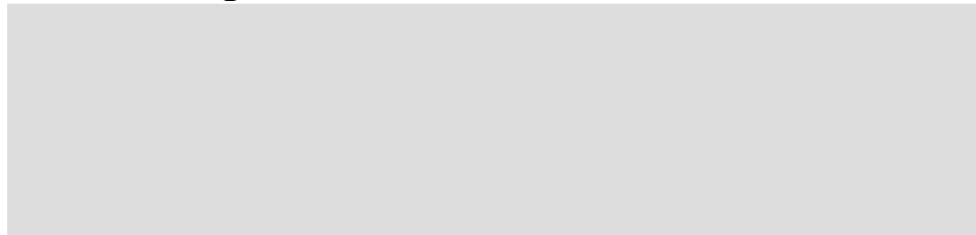
Zeitplan

Baubeginn	Bauende	Nutzung
Mrz. 17	Frühjahr 18	Frühjahr 18

Einschätzung Risiken

Baukosten	Bauzeit
●	●

Bemerkung



Motorsporthalle (21)

Sanierung



Projektfortschritt

LP1	LP2	LP3	LP4	LP5	LP6	LP7	LP8
Grundlagen	Vorplanung	Entwurf	Genehmigung	Ausführung	Vorb. Vergabe	Mitw. Vergabe	Durchführung
100	100	100	100	87	90	72	15

Zeitplan

Baubeginn	Bauende	Nutzung
Mai 16	Dez. 18	in Nutzung

Einschätzung Risiken

Baukosten	Bauzeit
	

Bemerkung

Schulsport wird gewährleistet, temporäre Einschränkungen.



Schilfhofschule (49)

Sanierung und Erweiterung



Projektfortschritt

LP1	LP2	LP3	LP4	LP5	LP6	LP7	LP8
Grundlagen	Vorplanung	Entwurf	Genehmigung	Ausführung	Vorb. Vergabe	Mitw. Vergabe	Durchführung
100	100	100	100	85	60	55	20

Zeitplan

	Baubeginn	Bauende	Nutzung
Mitteltrakt	Apr. 16	Dez. 17	Winterferien 18
Längsriegel	Apr. 16	Mai 18	Schuljahr 18/19

Einschätzung Risiken

Baukosten	Bauzeit
	

Bemerkung





Temp. Schule in Modulbauweise Humboldttring (37)

Neubau

Projektfortschritt

LP1	LP2	LP3	LP4	LP5	LP6	LP7	LP8
Grundlagen	Vorplanung	Entwurf	Genehmigung	Ausführung	Vorb. Vergabe	Mitw. Vergabe	Durchführung
100	100	100	95	90	90	80	10

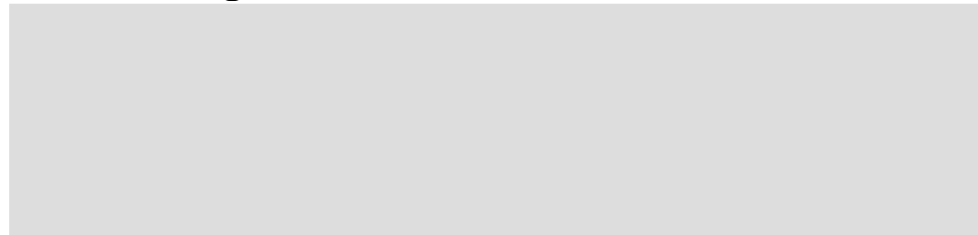
Zeitplan

Baubeginn	Bauende	Nutzung
Aug. 16	vor. Dez. 17	

Einschätzung Risiken

Baukosten	Bauzeit

Bemerkung





Turnhalle Gymnasium Haeckelstraße (5)

Neubau

Projektfortschritt

LP1	LP2	LP3	LP4	LP5	LP6	LP7	LP8
Grundlagen	Vorplanung	Entwurf	Genehmigung	Ausführung	Vorb. Vergabe	Mitw. Vergabe	Durchführung
100	20	0	0	0	0	0	0

Zeitplan

Baubeginn	Bauende	Nutzung

Einschätzung Risiken

Baukosten	Bauzeit

Bemerkung

Auswahlverfahren für Planungsleistungen im April 2017 abgeschlossen. Mit der Planung wurde begonnen.

**Stellungnahme des OSP Brandenburg, Bereich Potsdam - Bundesstützpunkt Schwimmen
Ergänzende Zuarbeit zur Sitzung „Ausschuss Bildung und Sport“ am 20.06.2017**

Sehr geehrter Herr Viehrig,
Sehr geehrte Damen und Herren des Ausschusses für Bildung und Sport,

die Informationen um die Zukunft des aktuellen Bundesstützpunktes Schwimmen in Potsdam sind sehr widersprüchlich und für den Außenstehenden schwer zu bewerten.

Vor dem Hintergrund der Leistungssportreform und den damit zusammenhängenden Veränderungen ist die Verunsicherung der Mitglieder des stützpunkttragenden Vereins, Potsdamer Schwimmverein, sicher nachzuvollziehen.

Nicht nachzuvollziehen ist die Annahme, dass die Verantwortlichen im Land nicht alles tun, um den Bundesstützpunkt Schwimmen nach Potsdam zu holen. Nachfolgend möchte ich Ihnen einen kurzen Überblick über den aktuellen Stand der Bemühungen aller in Verantwortung stehenden Personen geben.

Rahmenbedingungen:

- seit 1992 ist der Standort Potsdam im Schwimmen als Bundesstützpunkt (BSP), aktuell als BSP-Nachwuchs bis 31.12.2017, anerkannt
- ausgezeichnete Trainingsbedingungen für die Athleten (Schwimmhalle 50m und 25m möglich, mehrere Krafräume mit Spezialgeräten für Schwimmen, Hallennutzung nach Bedarf möglich und Freiflächen in Schwimmhallennähe)
- Schwimmer sind in das Leistungssport-Verbundsystem eingebunden (einzigartige Verbindung von Schule und Sport deutschlandweit), es besteht die Möglichkeit, Sportler aus ganz Brandenburg und Deutschland in die 7. Klasse nach Potsdam einzuschulen
- deutschlandweit mit dem Deutschen Schwimmverband abgestimmter „schulinterner Lehrplan“
- bundesweit einzigartiges Projekt „additives Abitur“ (Verlängerung der Schulzeit, um besser trainieren zu können)
- sehr gute Möglichkeiten für eine duale Karriere
- bundesweit einzige Möglichkeit in einem Schwimmkanal unter Höhenbedingungen (Hypoxie) zu trainieren

Trainersituation / finanzielle Absicherung/ Leistungsaufbau

Das Land Brandenburg hat seit Bestehen des BSP immer wieder einen bundesfinanzierten Spitzentrainer gefördert. Bis heute ist der DSV dieser notwendigen Forderung nicht nachgekommen. Von insgesamt 10 Trainerstellen in Potsdam werden 9,5 Stellen vom Land Brandenburg finanziert. Lediglich 50% einer OSP- Trainerstelle werden vom BMI gestellt.

Mit der zuvor dargestellten Trainersituation und den Rahmenbedingungen sind wir in Potsdam in der Lage, einen planmäßig gesteuerten langfristigen Leistungsaufbau für die Sportler zu realisieren. In der Sekundarstufe I arbeiten vier Lehrertrainer in den Altersklassen 7.-8. Klasse und 9.-10. Klasse. Vier Landestrainer sind dafür verantwortlich, geeignete Sportler zu finden und diese auf die Einschulung an die Spezialschule Sport in Potsdam vorzubereiten.

Den Spitzenbereich (Sek II und älter) sichert aktuell ein OSP-Trainer und ein Projekttrainer (auch vom Land finanziert) ab.

Kadersituation

Aktuell sind am Standort Potsdam fünf bis sieben Schwimmer, die für eine erfolgreiche Teilnahme bei den Olympischen Spielen 2020 in Tokio in Frage kommen. Darüber hinaus trainieren eine ganze Reihe von Talenten am BSP, die der deutschen Spitze in ihrer Altersklasse angehören.

Neuanerkennung der Bundesstützpunkte ab 2018

Im Vorfeld der Anerkennungen gab es eine Vielzahl von Gesprächen mit den Verantwortlichen des Deutschen Schwimmverbandes (DSV) auf allen Ebenen. In diesem Zusammenhang ist immer wieder betont worden, dass das Land Brandenburg auch weiterhin bereit ist, die enormen finanziellen Aufwendungen im Schwimmsport aufrecht zu erhalten. Ebenso ist die zukünftige Bereitstellung eines Bundesstützpunkttrainers durch den DSV unstrittig.

Bei der letzten Beratung mit dem DSV waren der Minister für Bildung, Jugend und Sport, Herr Baaske, die Präsidentin des DSV, Frau Dörries und der Chefbundestrainer, Herr Lambertz, sowie die Verantwortlichen der Spezialschule des Sports und die Leitung des OSP Brandenburg und des Landesschwimmverbandes zugegen.

Hier ist vereinbart worden, dass die „Richtlinienkompetenz“ des DSV umfassend anerkannt wird, alle Trainer im Land Brandenburg die Vorgaben in ihrer Arbeit umsetzen und der „Schulinterne Lehrplan“ entsprechend angepasst wird.

Der DSV bemüht sich um einen externen Trainer, der ab 2018 den BSP Potsdam leitet, die Richtlinienkompetenz umsetzt und im Hochleistungstraining tätig ist.

Sollte der DSV nicht in der Lage sein, einen Bundestrainer zu finanzieren, ist das Land Brandenburg bereit, für alle Schwimmerinnen und Schwimmer die an der Sportschule sind, bis zum Abitur auch die sportliche Betreuung zu sichern.

Sollte trotz allem der DSV und der DOSB sich gegen einen BSP in Potsdam entscheiden, wird das Land Brandenburg an das BMI herantreten, um den Standort Potsdam als „gesetzten Bundesstützpunkt“ anerkennen zu lassen. Es wäre den Menschen nur schwer zu erklären, dass ein Standort mit den zuvor beschriebenen Rahmenbedingungen, der finanziellen Ausstattung und den entsprechenden Kadern, nicht BSP wird.

Abschließend kann ich Ihnen versichern, dass alle Verantwortlichen im Land bisher jede Anstrengung unternommen haben und in Zukunft auch unternehmen werden, um den Schwimmsport in Potsdam zu unterstützen und im Rahmen der Neuordnung des deutschen Sports, den Bundesstützpunkt Schwimmen nach Potsdam zu holen.

Hochachtungsvoll



Dr. Harry Kappell
Bereichsleiter Potsdam/
Leitender Trainingswissenschaftler
Olympiastützpunkt Brandenburg